

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 11. März 2020 / Mercredi après-midi, 11 mars 2020

Sicherheitsdirektion / Direction de la sécurité

**73 2019.RRGR.161 Motion 126-2019 Stucki (Stettlen, glp)
LGBTI-feindliche Gewalt statistisch erfassen**

**73 2019.RRGR.161 Motion 126-2019 Stucki (Stettlen, pvl)
Etablir une statistique de la violence contre la communauté LGBTI**

Präsident. Dann kommen wir zum Traktandum 73, einer Motion von Grossrätin Stucki, «LGBTI-feindliche Gewalt statistisch erfassen». Würde jemand den Knopf an ihrem Platz drücken? Geht es nicht? Na, super. (*Unruhe / Agitation dans la salle*) – Nein, es funktioniert nicht. Sie schlafen nicht. Wir schlafen nie! Ich trage sie selbst in die Liste ein. Es spricht Barbara Stucki.

Barbara Stucki, Stettlen (glp). Danke an die Regierung und Verwaltung für die Beantwortung unserer Motion, die verlangt, dass Gewalttaten aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität künftig in einer Kriminalstatistik erfasst werden. Wenn man vermutet, dass man irgendwo im Geschäft ein Problem hat, dann macht man ja in der Regel eine Analyse. Man schaut sich die Zahlen an, man versucht zu eruieren, woher das Problem kommt, leitet Massnahmen ein und schaut nach einer Weile, ob die Zahlen besser werden. Das ist das Standardvorgehen in der Betriebswirtschaft. Am Anfang und am Ende stehen immer Zahlen: Daten, die man erhoben hat, Daten, die man beobachtet. Ich habe hier eine Motion eingereicht, in der ich Sie darum bitte, Zahlen zu erheben. Die LGBTI-Verbände, also die Verbände der Schwulen, Lesben, Bisexuellen, Trans- und Intermenschen beobachten schon seit mehreren Jahren, das homophobe und transphobe Übergriffe zunehmen. Im Jahr 2014 reichten wir schon einmal eine ähnlich lautende Motion (*M 247-2014*) ein.

In den Medien wird immer wieder darüber berichtet, dass insbesondere schwule Pärchen im Ausgang angegriffen und zusammengeschlagen werden. Die Kommentarspalten in den Zeitungen zu solchen Berichten sind haarsträubend. Bis jetzt sah die Politik keinen Handlungsbedarf, also seit 2014 nicht. Deshalb begannen die Dachverbände vor gut zwei Jahren selbst Daten zu erheben und haben ihre Statistik wiederum der Politik präsentiert. Ihre Helpline hat in den letzten zwei Jahren pro Woche mehrere Hassdelikte gegenüber der Homo-, Trans- und Intercommunity erfasst. Wir wissen, dass die Dunkelziffer bei den gemeldeten Straftaten immer hoch ist. Wir haben eine Helpline, die nicht offiziell ist und die lange nicht alle kennen. Bei uns wird die Dunkelziffer astronomisch sein. Die Antwort der Politik und der Behörden war: «Das ist keine offizielle Statistik. Das geht nicht als Grundlage für uns.» Deshalb stehe ich heute hier und bitte Sie, dieser Motion zuzustimmen, sodass wir im Kanton Bern offiziell die Daten erheben, Zahlen erfassen, denen unsere Polizeidirektion traut, denen wir in der Politik trauen. Zahlen, die zeigen, ob und wie gross das Problem ist, das wir im Kanton Bern mit homophoben und transphoben Angriffen haben. Denn ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich weiss auch nicht, wie gross das Problem ist, weil wir eben keine Zahlen haben. Was wir einfach haben, sind Geschichten aus der Community. Oder was ich Ihnen erzählen kann, sind Erlebnisse, die ich als lesbische Frau selber hatte.

Der Regierungsrat möchte den Vorstoss als Postulat annehmen. Ich werde nicht wandeln. Ich brauche keinen Prüfauftrag. Ich brauche eine Statistik. Der Regierungsrat sagt, es sei nicht einfach, das Tatmotiv zu erfassen, wenn man den Täter nicht befragen könne. Ja, weshalb kann man den nicht befragen? – Es ist im Übrigen nicht immer der böse Unbekannte. Sehr häufig geschehen solche Dinge auch im Umfeld oder in der Familie. Schon heute erfasst man bei rassistischen oder sexuell motivierten Verbrechen das Motiv. Da kann man das ja. Das Argument, dass die sexuelle Orientierung ein höchst persönliches, schützenswertes Gut sei, dass es Personendaten seien, die man nicht in einem Rapportsystem führen müsse – darüber kann ich echt nur den Kopf schütteln. Wenn ich eine Anzeige mache, weil mich jemand vielleicht als widerliche Lesbe beschimpft hat und dann versucht hat, mich zusammenzuschlagen oder mich zusammengeschlagen hat, dann möchte ich doch bitte, dass das erfasst wird! Deshalb gehe ich ja zur Polizei, und im Rapport steht ja nicht:

«Barbara Stucki ist lesbisch», sondern im Rapport steht, ich sei aufgrund von Homophobie angegriffen worden. Auch in der Auswertung steht ja dann nicht, «Barbara Stucki ist lesbisch», sondern ich bin dann ein Fall unter hoffentlich nicht all zu vielen. Wir haben mit der Antirassismus-Strafnorm-Erweiterung einen Straftatbestand geschaffen, der sich auf LGBTI-Leute bezieht. Diesen kann man nutzen, um eine Statistik zu erstellen. Ich habe heute Mittag die Info aus dem Kanton Freiburg erhalten – manchmal ist es gut, wenn man so stark in Verzug ist –, dass der Polizeirapport dort mit einem Kriterium angepasst wurde. Sie setzen es im Kanton Freiburg um. Es ist auch nicht so, dass der Kanton Bern der einzige wäre, der eine solche Statistik macht. Der Vorstoss wurde in 16 Kantonen eingegeben, 6 haben ihn bereits angenommen, oder 6 Parlamente haben ihn bereits überwiesen. National hat es der Ständerat gestern versenkt. Also auch die Antwort des Regierungsrates, er wolle warten, bis von nationaler Seite etwas komme: Es tut mir leid, Herr Polizeidirektor, aber national kommt so schnell nichts, wenn wir nicht von den Kantonen aus Gas geben und Druck machen. Deshalb bitte ich Sie, dieser Motion zuzustimmen. Ich werde nicht wandeln. Sie müssen nicht zum Postulat sprechen. Sprechen Sie bitte zur Motion.

Präsident. Ich gebe Christa Ammann als Mitmotionärin das Wort.

Christa Ammann, Bern (AL). Es wurde schon angesprochen: Mit der Abstimmung zur Erweiterung des Antirassismusartikels ist eigentlich klar, dass man auch hier beginnen muss, Daten zu erfassen, weil man es definitiv mit einem Straftatbestand zu tun hat. Die Antworten des Regierungsrates auf diese Forderungen haben mich sehr frustriert, muss ich sagen. Denn ich finde, die Argumente, die gebracht wurden, sind keine Argumente. Es handelt sich nur um Ausreden. Das eine ist: Man müsste die Kriminalstatistik ändern. Ja, logisch müsste man sie ändern. Dann ändern sie sie doch! Irgendjemand muss ja damit beginnen. Wenn es nicht der Bund ist, der es von oben herab macht, dann sind es die Kantone, die es von unten nach oben machen müssen, und irgendwann wird das dann schon angepasst. Aber irgendjemand muss ja den ersten Schritt machen. Man müsse sie ändern, das ist kein Argument. Man kann sie ja auch einfach ändern, beziehungsweise ist es doch kein Hinderungsgrund, wenn der nötige politische Wille vorhanden wäre.

Es wurde bereits angesprochen: Dann zu sagen, aktives Nachfragen, ob die Tat vor dem Hintergrund einer Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung geschehen sei, sei überaus heikel – ich fälle ja einen bewussten Entscheid, zur Polizei zu gehen. Ich überlege mir, was ich melde, und dann kann ich mir auch überlegen: Ist es das, was ich sagen will? Will ich melden, dass ich wahrscheinlich aufgrund von Homophobie angegriffen wurde, dass dies aufgrund dessen, was geschehen ist, meine Vermutung ist? – Nachher zu sagen: «Sie wissen nicht, was für Sie gut ist, und deshalb nehmen wir das nicht auf.», diese Entmündigung ist durchaus heikel. Das finde ich wirklich sehr erschreckend. Es ist eine Vogelstrausspolitik: Wir fragen nicht. Wir wollen es nicht wissen. Wir erfassen es nicht. Dementsprechend werden wir in diesem Bereich auch nicht schlauer und haben weiterhin lediglich Zahlen von NGOs, bei denen Meldungen gemacht werden und deren Meldungen in diesem Bereich eben auch erschreckend hoch sind.

Dann noch zum letzten Punkt, eben, die Statistik sei nicht vollständig. Meine Güte! Welche Statistik ist schon vollständig. Wenn das hier so steht, kann ich das nicht ernst nehmen. Es gibt keine vollständigen Statistiken, und dann ist das kein Grund, hier nicht auch eine Statistik zu machen, sondern man hat die Meldungen, die man hat. Es ist auch in der Kriminalstatistik möglich, zwischen gelösten Mordfällen und ungelösten Mordfällen zu unterscheiden. Also: Es gibt ja bereits bei verschiedenen Verbrechen Differenzierungen, wie Sachen erfasst werden, um den Problematiken gerecht zu werden. Ich bitte Sie wirklich, auch in diesem Bereich den Schritt zu machen – denn wir haben mit der Erweiterung der Antirassismus-Strafnorm das Gesetz auch national – und diese Motion anzunehmen. Ein Postulat bringt uns nicht weiter. Das hatten wir schon einmal. Das wurde auch nicht umgesetzt. Deshalb eine Motion, damit auch gehandelt werden muss.

Präsident. Ich gehe davon aus, dass Natalie Imboden für die Fraktion und nicht als Mitmotionärin spricht. (*Grossrätin Imboden bejaht dies. / Mme la députée Imboden répond par l'affirmative.*) Dann für die erste Fraktion, die BDP, Vania Kohli.

Vania Kohli, Bern (BDP). Nach dem Abstimmungsergebnis von Februar und bis gestern war die BDP-Fraktion eigentlich zuversichtlich, dass dieser Vorstoss zurückgezogen werden würde, weil das unserer Rosmarie Quadranti nämlich mit einer Motion (19.4127, *Curia Vista*) verlangt hat, genau das, und das vom Nationalrat auch überwiesen wurde. Aber gestern wurde genau dieser Vor-

stoss vom Ständerat abgelehnt, und zwar sehr knapp. Schon 7 Kantone haben diese Forderung überwiesen. Hate Crimes werden immer häufiger begangen. Das wissen wir vor allem aus den Städten. Übrigens hat gerade gestern Abend die Sendung «10 vor 10» dieser Tatsache einen Beitrag gewidmet. Es ist enorm wichtig, dass gerade solche Aggressionen statistisch erhoben werden, und dafür braucht es eben, in Gottes Namen, eine gesetzliche Grundlage. Genauso wichtig ist, dass die Justiz- und Polizeibehörden diesbezüglich auch geschult werden und entsprechende Handlungsempfehlungen für sie erarbeitet werden. Die BDP unterstützt, mit einer Ausnahme, die sich noch nicht festlegen konnte, diese Motion ansonsten einstimmig und bittet Sie, das auch zu tun.

Maurane Riesen, Moutier (PSA). Le groupe PS-JS-PSA soutient cette motion et vous invite à faire de même. Le constat est là et il est partagé par tous : il y a une nécessité d'agir et de donner une visibilité aux violences et crimes haineux à l'égard de la communauté LGBTI. Nous avons besoin d'avoir un état des lieux, un état de la situation. Ces données sont nécessaires pour avoir une meilleure compréhension du phénomène et pouvoir y répondre adéquatement. Les dégâts de ces agressions sont pourtant bien présents et ce sont certains chiffres indirects qui le montrent : les jeunes homosexuels ont un risque suicidaire plus élevé que les autres, par exemple. Une étude canadienne a calculé que la mortalité prématurée des hommes gays en 2007 était davantage causée par le suicide que par le sida. Il y a un risque accru de dépression ainsi que d'autres effets sur la santé. Il est donc urgent d'aborder le problème frontalement et de protéger la population, de protéger la communauté LGBTI. Il est urgent de se donner les moyens de mieux comprendre et de mieux combattre la haine à laquelle cette communauté doit faire face.

Le canton renvoie la balle à la Confédération en acceptant un postulat. En faisant cela, il se déresponsabilise et nous sommes d'avis que le canton doit se montrer responsable comme ces autres cantons qui ont aussi accepté cette intervention face à ce problème. C'est aussi au niveau cantonal qu'il faut s'engager. Oui, une harmonisation au niveau suisse aurait été encore mieux, mais vu que ce n'est pas le cas, vu que la motion (19.4127, *Curia Vista*) a été refusée au Parlement, la responsabilité est donc maintenant au canton et il ne peut plus renvoyer la balle à la Confédération. Le groupe PS-JS-PSA vous invite à accepter cette motion pour qu'enfin les choses puissent avancer.

Michael Ritter, Burgdorf (glp). Die grünliberale Fraktion empfiehlt dem Rat einstimmig die Überweisung der Motion. Der Mehraufwand bei der Erfassung von Tatmotiven aus dem Umfeld, oder man könnte bald sagen Sumpf, von diskriminierenden Haltungen gegen die sexuelle Orientierung, ist minimal. Schon heute werden bestimmte Tatmotive statistisch erfasst. Im Prinzip vertreten wir die Haltung, es sollten primär jene Tatmotive erfasst werden, bei denen man eine Häufung von Delikten gegen einzelne Gruppen unserer Gesellschaft feststellen muss. Das ist bei der hier angesprochenen Motivgruppe ganz eindeutig der Fall. Eine Tendenz zur Häufung von Delikten, besonders gegen Homosexuelle – ich kürze LGBTI ein wenig ab –, ist nicht ernsthaft übersehbar.

Nicht ganz befriedigend ist in der Antwort des Regierungsrates, andere Teile der Antwort finden wir nicht so schlecht, dass behauptet wird, eine solche Erfassung sei problematisch, weil dadurch ja die sexuelle Orientierung des Opfers miterfasst werde. Das ist einfach nicht richtig. Denn die Frage nach dem mutmasslichen Tatmotiv ist nicht identisch mit der Frage, ob das Opfer wirklich zur dieser Opfergruppe, LG..., was auch immer, gehört. Es ist einfach nicht dasselbe, ob man nach dem Tatmotiv fragt oder nach der Frage der Zugehörigkeit zur Opfergruppe. Man könnte etwas makaber auch sagen: zu fragen, ob die Täter in ihrer Täterlogik richtig gezielt haben. Das ist nicht identisch. Zum Schluss noch dies: Wer Vergehen oder Verbrechen gegen Menschen mit dem Motiv begeht, missliebige sexuelle Orientierungen eliminieren zu wollen, der untergräbt einfach auch die Grundwerte der bürgerlichen Gesellschaft. Diese Aussage richte ich auch ein wenig an die bürgerlichen Grossratskolleginnen und -kollegen. In einer Zeit, in der sich Spitzensportler in einer Sportart, die nicht schwergewichtig von Leuten besucht wird, die sonst in der Reithalle in Bern sind, sich sogenannte outen, ist es einfach unerträglich, dass solche Delikte überhaupt noch vorkommen, sondern sogar noch zunehmen. Ich bin einfach versucht, am Schluss auch noch zu sagen, man könnte noch einen draufsetzen und sich zu etwas unangenehmen Vermutungen nach den Hintergründen der Täterschaft hinreissen lassen. Man könnte auf gewisse kulturelle Hintergründe stossen, und das könnte etwas unangenehm werden, diesmal eher für die linke Seite des Rates. Ich höre aber jetzt auf. Ich empfehle Ihnen ganz klar die Überweisung dieser Motion.

Katharina Baumann-Berger, Münsingen (EDU). Die EDU-Fraktion spricht sich gegen jegliche physische oder verbale Gewalt und gegen jegliche Diskriminierung aus, sei das aufgrund der Haut-

farbe, der politischen Einstellung, des Glaubens oder eben auch der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität. Hier wird jetzt aber etwas gefordert, das den Betroffenen überhaupt nichts nützt, nämlich eine Statistik. Der nötige Rechtsschutz ist auf eidgenössischer Ebene vorhanden. Er ist auch einer steten Weiterentwicklung unterzogen, so auch die statistische Erfassung von Hate Crimes, bei denen die Diskussion trotz Ständeratsentscheid ganz bestimmt fortgesetzt wird. Eine Statistik, auf unseren Kanton begrenzt, hilft sowieso niemandem etwas. Das Führen einer themenbezogenen Auflistung, und diese explizit auch noch veröffentlichen zu wollen, birgt auch die Gefahr, dass übersensibel und politisch geprägt reagiert werden könnte. In einer freien Demokratie soll gegenseitige Achtung, aber auch freie Meinungsäusserung gelten, und es soll nicht die aktuelle «Homophobiebeschuldigung» gestärkt werden. Wir werden aus diesem Grund sowohl die Motion als auch eine Postulatsform ablehnen.

Andreas Hegg, Lyss (FDP). Die Fraktion FDP anerkennt das Grundanliegen, aber wir lehnen diese Motion trotzdem ab. Weshalb? – Stellen Sie sich vor, es gibt irgendeinen Vorfall, jemand liegt am Boden, verletzt, blutend. Die Polizei kommt hinzu, nimmt diesen Fall auf, und dann muss man noch irgendwie fragen: «Was bist du jetzt genau? Ein Schwuler oder nicht, oder weiss ich nicht was?» Es dünkt mich sehr, sehr schwierig, das vor Ort draussen durchzuführen. Und genau aus diesen Gründen lehnen wir es ab. Wir finden, man könne diese Vorgänge nicht seriös erfassen. Man könnte es auch nicht sauber auswerten, und die Umsetzung in der Realität wäre sehr, sehr schwierig. Deshalb lehnen wir es ab.

Präsident. Das wird wohl eine Replik geben. Das Wort hat Natalie Imboden für die Grünen.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). «Sicherheit ist die Basis aller Freiheit», ein Zitat. Es passt sehr gut, geschätzter Herr Grossratspräsident, Herr Regierungsrat, Kolleginnen und Kollegen. Es passt sehr gut, dass ich direkt nach dem FDP-Sprecher reden kann. Das ist ein Zufall. Denn «Sicherheit ist die Basis aller Freiheit» ist ein Slogan der FDP, leider nicht aus dem Kanton Bern, aber aus dem Kanton Zürich, von den letzten Wahlen, die gesagt hat: «Gemeinsam – FDP gegen homophobe Gewalt». Von daher hoffe ich doch, dass sich die FDP vielleicht noch einmal überlegt, ob es nicht doch sinnvoll wäre, diese Motion zu unterstützen. Die Fraktion Grüne unterstützt diese Motion, und *nur* als Motion. Wir haben es bereits gehört: Wir hatten bereits 2014 einen Vorstoss (*M 247-2014*) von Kollege Rudin von der glp, den wir auch mitunterstützt haben. Er wurde damals als Postulat angenommen, mit 81 Ja zu 66 Nein, und passiert ist, meiner Meinung nach, nicht viel. Von daher müssen wir heute eben nicht ein Zeichen setzen, sondern wir müssen heute Politik machen, die einer Realität hilft, die es gibt. Wenn man sagt: «Das gibt es gar nicht», bitte ich doch, sprechen Sie einmal mit den Fachleuten, sprechen Sie mit den Direktbetroffenen. Es gibt Hate Crimes. Wer das abstreitet, von dieser Person weiss ich nicht, auf welchem Planeten sie lebt. Oder schauen Sie sich den Bericht der Sendung «10 vor 10» an. Er wurde bereits erwähnt. Er ist zwar über Zürich, aber die Situation im Kanton Bern ist nicht eine andere. Es braucht ganz klar, dass wir genau hinschauen. Die geforderte Statistik ist eben eine Möglichkeit, genau hinzuschauen. Das ist der erste Punkt. Das hat die Motionärin auch ausgeführt. Das ist die Grundlage, damit man genau weiss, wie gross dieses Phänomen ist, sodass man nachher weiter daran arbeiten kann, damit es weniger gibt. Die Antwort der Regierung wurde bereits oft erwähnt. Die nationale Ebene fällt im Moment weg. Es ist vielleicht manchmal so, und es war auch bei anderen Themen so: Vielleicht ist es ein Thema, das bei den Leuten wirklich unter den Nägeln brennt, vor allem bei den Direktbetroffenen, und dann muss es eben auch von unten wachsen. Es ist sicher nicht falsch, dass der Druck jetzt auch von den Kantonen kommt. Es wurde erwähnt: Mehrere Kantone gehen in dieselbe Richtung. Wir wären auch nicht die einzigen in der Schweiz, sondern wir sind in einem guten Rahmen, zusammen mit anderen. Die Fraktion Grüne ist klar der Meinung, dass wir diesen Schritt tun müssen. Wir möchten den Regierungsrat auch bitten, nicht nur die Statistik zu machen – unbestritten wäre das ein wichtiger Teil –, sondern auch in der Frage der Sensibilisierung des Polizeikorps wirklich auch Massnahmen zu ergreifen, damit man das genauer einschätzen und analysieren kann und weiss, wie man damit umgeht. Es wurde vorhin bereits gesagt: Es geht eben nicht darum, Leute neu zu stigmatisieren, sondern einfach das zu benennen, was unter dem Label oder aufgrund der Umstände als Diskriminierung der LGBTI-Community passiert; es geht darum, das auch klar zu machen, transparent aufzuzeigen und damit auch eine Grundlage dafür zu schaffen, dass wir in dieser Gesellschaft nicht akzeptieren, nicht tolerieren, dass Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden. Eigentlich ist es unabhängig. Man kann auch sagen, «Natalie Imboden, du bist lesbisch»,

und kann mich zusammenschlagen. Das ist unabhängig davon, welche sexuelle Orientierung ich habe. Es geht darum, das Phänomen gegen gewisse Menschen, von denen man meint, sie seien so, hier klar zu benennen. Bitte unterstützen Sie das. Es ist nicht nur ein wichtiges Zeichen. Das ist Politik mit einer Signalwirkung.

Werner Moser, Landiswil (SVP). Ich habe gerade festgestellt, dass man einiges nicht mehr wiederholen muss, wenn man später spricht und schon einige Fraktionen gesprochen haben. So hat Katharina Baumann von der EDU einen grossen Teil von dem, was ich mir aufgeschrieben habe, vorweggenommen. Auch die SVP-Fraktion verurteilt jegliche Art von Diskriminierung und Gewalt, sei das wegen Sexualität, Behinderung, Aussehen, Geschlecht, Glauben, aber auch wegen politischer Ausrichtung. Solche Diskriminierungen und Gewalt sollten wir wirklich verhindern. In diesem Vorstoss wird jetzt aber die Erfassung für eine Statistik verlangt, eine Auswertung, die ich und meine Fraktion infrage stellen. Bringt eine Statistik den Betroffenen wirklich viel? Oder ist es nur der Aufbau von zusätzlicher Bürokratie? – Diskriminierungs- und Gewaltbekämpfung beginnen bei den Kindern im Elternhaus, und es geht in der Schule weiter. Es sollte auch bei den Erwachsenen eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass man das nicht macht. Ich glaube, mit der Erfassung in einer Statistik wird den Betroffenen nicht geholfen. Die SVP lehnt aus diesem Grund diese Motion mit grosser Mehrheit ab.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Die EVP würde diesen Vorstoss im Sinn des Regierungsrates als Postulat annehmen. Als Motion lehnen wir ihn grossmehrheitlich ab. Jetzt kann man uns natürlich unterstellen, dass wir homophobe Gewalt zu wenig ernst nähmen. Aber so ist nicht es. Auch uns ist es wichtig, dass man in Richtung einer Dokumentation geht. Solche Fälle müssen dokumentiert werden. Nur so können wir Gewalt, homophobe Gewalt, auch wirkungsvoll bekämpfen. Trotzdem darf man sich, wie der Regierungsrat, auch Gedanken machen, wie und mit welchem Aufwand das geschehen soll, ohne gleich unter Verdacht zu geraten, man wolle das Ganze nicht ernst nehmen.

Wir haben es bereits gehört: Der Ständerat hat gerade einen ähnlichen Vorstoss abgelehnt. Die Votanten, die dagegen gestimmt haben, haben teilweise ähnlich argumentiert wie Andreas Hegg. Bisher war es so, dass man statistisch einfach Kategorien von Vergehen aufnahm. Jetzt wird man mehr auch Tatmotive dokumentieren müssen. Das ist eine Art Paradigmenwechsel bei der statistischen Erfassung, die recht aufwendig ist. Auch rassistische Vorfälle werden übrigens polizeilich nicht erfasst, obwohl wir seit 25 Jahren die Rassismusstrafnorm haben. Es sind private Beratungsstellen gegen Rassismus, es ist «Human Rights Watch» und die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR), die solche Vorfälle schweizweit momentan sammeln und jedes Jahr einen Bericht verfassen. Natürlich können sie in diesem Fall auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentativität erheben. Ich nehme an, dass man auch in diesem Bereich bisher von einer Dokumentation, von dieser statistischen Aufnahme absah, weil es nicht ganz einfach ist, da aussagekräftige Daten zu erfassen. By the way: Unter die Rassismusstrafnorm fallen auch Vergehen gegen Menschen aufgrund ihrer Religion, und in diesem Bereich kam es bisher noch niemandem in den Sinn, diese Dinge zu dokumentieren, obschon es diese Vorfälle dort auch gibt und eine Dokumentation eigentlich ebenfalls von Nutzen wäre. Vor diesem Hintergrund würden wir den Vorstoss von Barbara Stucki eben als Postulat annehmen. Wir wollen diese Hate Crimes sicher nicht verharmlosen, aber wir wollen dem Regierungsrat einen gewissen Spielraum geben, wie er das allenfalls umsetzen könnte.

Präsident. Als erster Einzelsprecher, Jakob Schwarz.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Wenn eine Mehrheit hier in diesem Grossen Rat eine Statistik will, kann ich damit leben. Aber bitte, wenn Sie diese Statistik erheben und machen, dann bleiben Sie nicht auf einem Auge blind. Es reicht nicht, nur zu erfassen, welches das Motiv ist. Erfassen Sie dann bitte auch, wer diese Taten verübt hat. Ich habe gestern Abend auch die Sendung «10 vor 10» gesehen. Sie waren im Nachtleben von Zürich unterwegs, und ich bitte Sie, in diesem Zusammenhang auf dem anderen Auge nicht blind zu bleiben. Schauen Sie sich einmal an: Was ist das Alter diese Leute, was ist das Geschlecht dieser Leute, was ist die Herkunft, was die Nationalität? – Ich habe keine junge Person gehört. Ich habe keine Frau gehört. Ich habe keinen einheimischen Dialekt gehört, also weder einen Basler noch einen Zürcher, geschweige denn einen Oberländer oder Emmentaler Dialekt. (*Heiterkeit / Hilarité*) Mir ist nicht nach Lachen zumute. Es fielen wüste Schimpf-

worte. Ich kann Ihnen sagen: Ich bin zu Hause in einem christlichen Elternhaus aufgewachsen, das diese Lebensform nicht gutheisst. Aber wenn ich solche Worte in den Mund genommen hätte, wäre mir in der damaligen Zeit der Hosenboden versohlt worden. Deshalb: Erfassen Sie das auch, und fordern Sie nicht bloss Statistiken, sondern entsprechende Massnahmen. Gehen Sie dann zielgerichtet auf die Gruppen und die Zielgruppen zu, und führen Sie auch Massnahmen aus, die auf die Gruppe zielgerichtet sind, die da betroffen ist.

Mathias Müller, Orvin (SVP). Ich blase ins gleiche Horn wie Jakob eben. Die «Sonntagszeitung» schrieb 2017, dass homophobe Täter, ich zitiere: «fast durchwegs männlich und von konservativer, machoid geprägter Herkunft [sind]», Zitat Ende. Das heisst etwas weniger verklausuliert: Es sind Männer mit Migrationshintergrund. Nun, ob das stimmt, weiss ich nicht. Das möchte ich auch nicht behaupten. Aber das ist ein wenig der Eindruck, den man hat. Ich glaube, genau eine solche Statistik könnte helfen, dass man eben solche Fragen auch klären könnte: Wo kommen diese Hate Crimes her? – Aus diesem Grund kann ich persönlich diesen Vorstoss in Punkt 1 und 2 als Postulat sicher unterstützen, Punkt 3 definitiv nicht. Deshalb möchte ich auch eine punktweise Abstimmung. Fertig.

Bruno Martin, Ligerz (Grüne). Ich bin noch nicht lange in diesem Rat, sehr kurz, also jung. Im Militär hätte man gesagt, «ein Hamburger». Ich habe einen christlichen Hintergrund, und ich möchte Ihnen hier einfach sagen: Wagen Sie es nicht, jetzt nicht so abzustimmen, wie es die Motionärin wünscht. Es geht jetzt hier nicht darum, dass man zu verurteilen und Gruppen heranzuziehen beginnt, die verdächtigt werden. Noch etwas, ganz einfach: Wenn Sie es wirklich ernst meinen und ehrlich sind, und wenn die, welche Christen sind, hier einen liebevollen Umgang proklamieren und weitergeben wollen, dann überweisen Sie das als Motion. Dann kann man weiterschauen, wer was gemacht hat und welche Massnahmen wir ergreifen müssen. Wir müssen bei diesem Problem ja auch weiterkommen.

Mohamed Hamdaoui, Biel/Bienne (PDC). J'aimerais juste répondre à une ou deux remarques subliminales qui ont été faites sur le parcours migratoire des personnes qui tenaient des propos homophobes, et puis, visiblement, qui venaient des sociétés patriarcales, disons les mots tels qu'ils sont, c'est-à-dire, j'imagine, de sociétés musulmanes. J'aimerais vous rassurer : oui, parmi les musulmans, il y a des crétins. Mais que je sache, la plupart des organisations musulmanes – dont je ne fais pas partie même si je suis musulman, mais je suis beaucoup trop libre pour me laisser embriquer – ont soutenu la loi du mois de février, condamnent tous les propos homophobes et, je pense que comme moi, ils soutiendraient sans problème cette motion, donc : faites attention aux amalgames, parce que les amalgames, parfois, ils ne servent pas à grand-chose. Ils ne font pas progresser la situation. Donc, moi je voterai cette motion, aussi en tant que musulman issu de la migration.

Präsident. Das Wort hat Regierungsrat Philipp Müller.

Philippe Müller, Sicherheitsdirektor. Der Regierungsrat nimmt homophobe Gewalt und Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung und der Geschlechteridentität ernst. Das Anliegen der Motion umzusetzen, ist aber nicht ganz so einfach, wie ein Teil der Leute sich das vielleicht vorstellen. Aber einfach zur Präzisierung, und auch zu dem, was Frau Grossrätin Imboden gesagt hat: Wir entscheiden heute nicht darüber, ob wir für oder gegen homophobe Gewalt sind, sondern wir entscheiden darüber, ob wir sie statistisch erfassen wollen.

Der Regierungsrat hat aufgezeigt, welche Knacknüsse mit dem Anliegen der Motionärinnen und des Motionärs verbunden sind. Wir gehen davon aus, dass nicht alle Personen bei einer Einvernahme Auskunft über ihre sexuelle Orientierung geben wollen. Wir sprechen hier von höchst persönlichen und schützenswerten Personendaten. Wie würde man mit dieser unvollständigen Erfassung umgehen? Wenn jemand zusammengeschlagen wird und ihm oder ihr das Portemonnaie gestohlen wird, wenn diese Person aber beispielsweise auch noch homosexuell ist: Was war dann das Motiv? War es ein Raub? War es Homophobie? Beides? Vielleicht noch etwas mehr? – Vielleicht weiss es auch das Opfer nicht genau. Es braucht auch eine Antwort auf die Frage, inwiefern verlässliche Daten über die Motive der Täterschaft überhaupt erhoben werden können. Sie sehen: Es gibt eine Reihe von Fragen, die man klären muss, die man aber vielleicht gar nicht klären kann. Gleichzeitig haben wir zur gleichen Thematik Diskussionen auf Bundesebene und in anderen Kantonen. Wir hatten in

2 Kantonen diese oder eine ähnliche Vorlage, die abgelehnt wurde. In 7 Kantonen wurde etwas Vergleichbares gutgeheissen. 17 Kantone haben nicht darüber bestimmt. Sie haben es auch gehört: Der Ständerat hat es gestern abgelehnt. Der Bundesrat war auch dagegen. Es war Bundesrat Berset, der das vertrat. Er hatte Bedenken bezüglich der subjektiven Beurteilung eines solchen Konzepts, der schwierigen Eingrenzung des Themas und der erwarteten hohen Kosten, insbesondere auch für die Kantone, und auch, dass weder bei der Erfassung noch hinsichtlich der Ergebnisse eine ausreichende Qualität sichergestellt werden kann. Das ist die Argumentation von Bundesrat Berset. Der Regierungsrat wollte an der Sitzung im Februar diesen Vorstoss nicht einfach ablehnen und beantragt deshalb Annahme als Postulat.

Präsident. Das Wort hat noch einmal die Motionärin, Barbara Stucki.

Barbara Stucki, Stettlen (glp). Vielen Dank für diese sachliche Diskussion. Auch wenn es um nüchterne Zahlen geht: Ich muss zugeben, für mich ist es ziemlich emotional. Zu den Argumenten, die ich gehört habe, ganz zuerst: Ich möchte dem FDP-Sprecher nicht zu nahe treten. Aber er hat mir ganz offensichtlich bei meinem Eintretensvotum überhaupt nicht zugehört. Es geht nicht darum, dass man einen Zusammengeschlagenen fragt: «Bist du schwul?». Es geht darum, dass man, wenn jemand sagt: «Ich wurde angegriffen und als Schwuler beschimpft», erfasst, dass es homophobe Gewalt war. Dann kann ich mich auch gleich an den Polizeidirektor wenden: Das Motiv sei nicht so klar. Ich kann Ihnen sagen: Sie teilen einem das Motiv mit. Man wird in der Regel zuerst ... Nicht in der Regel, sondern ich erlebe es so: Man wird angepöbelt, man wird beschimpft, man wird blöd angemacht. Ich suche das Weite. Ich bin wohl auch nicht eine Reizfigur. Es wird eher bei Männern körperlich. Die Schwulen, die sich in den Medien melden, weil sie zusammengeschlagen wurden, die wissen warum – weil man ihnen nämlich sagt, sie seien widerliche Schwule, oder was auch immer. Es wird einem mitgeteilt. Diese Angriffe kommen nicht aus heiterhellem Himmel.

Dann zum Fraktionssprecher der SVP. Geschätzter Werner Moser, du hast absolut recht. Diese Statistik bringt uns Betroffenen nichts, wenn man nichts damit macht. Aber ich habe es ganz am Anfang gesagt: Wenn man das Gefühl hat, dass man an einem Ort ein Problem hat, dann schaut man sich einmal die Zahlen an. Dann analysiert man sie. Dann schaut man, woher dieses Problem kommt. Das geht in die Richtung des Votums vom Mathias Müller. Danach kann man beginnen, Massnahmen zu ergreifen. Aber um Massnahmen zu ergreifen, um zu wissen, wo das Problem liegt, muss man ja zuerst einmal Zahlen haben. Wir haben noch nicht einmal Zahlen. Deshalb ist diese Statistik für uns wichtig.

Liebe EVP, wenn Sie einen Vorstoss einreichen, wonach man Hassdelikte gegen religiöse Gruppen erfassen soll, helfe ich Ihnen sofort. Es steht Ihnen frei, auch einen Vorstoss dazu einzureichen. Ich gebe Ihnen meinen auch gerne als Vorlage. Das ist überhaupt kein Problem.

Zu den Kosten: Freiburg setzt es um, indem sie im Polizeirapport ein einziges Kriterium ergänzt haben, und dann muss man es auswerten. Es darf von mir aus auch gerne eine Excel-Auswertung sein. Ich verlange nicht eine Polizeistatistik oder eine Kriminalstatistik, wie die nationale, wunderschön gebunden und illustriert. Es darf auch gerne ein Excel-Dokument sein, das man uns Ende Jahr zur Verfügung stellt. Das darf rudimentär sein. Was habe ich weiter notiert? – Genau. Die EDU ist überzeugt, dass die Diskussion auf nationaler Ebene weitergeht. Weshalb? Was gibt Ihnen diese Sicherheit? – Ich habe diese nicht. Deshalb ist es mir so wichtig, dass Sie diese Motion überweisen. In 7 Kantonen wurde der Vorstoss überwiesen. Wir haben im Minimum eine Vergleichbarkeit mit diesen 7 Kantonen. Wir können unsere Zahlen auch mit uns selbst vergleichen, jedes Jahr wieder. Also können wir mit unserer überwiesenen Motion unserem Polizeidirektor auch den Auftrag geben, das Gespräch mit den anderen Polizeidirektoren zu suchen, denjenigen wo diese Motionen überwiesen wurden. Denn diese werden etwas tun, und damit kann man vergleichen. Ich bitte Sie wirklich: Es ist nicht wahnsinnig teuer. Es ist kein grosser Aufwand. Aber uns hilft es, um zu sehen: Haben wir im Kanton Bern ein Problem? Und, wenn ja: Wo ist die Ursache, und wo müssen wir ansetzen?

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diese Motion ... *(Es erfolgen Zwischenrufe aus dem Saal, wonach punktweise Abstimmung verlangt worden sei. / Exclamations dans la salle, selon lesquelles un vote point par point avait été demandé.)* Ach ja, entschuldigen Sie. Danke. Ich hatte es mir eigentlich aufgeschrieben. Wir stimmen punktweise ab. Wer dem ersten Punkt, die gesetzlichen Grundlagen seien zu schaffen, damit man statistisch erfassen kann, zustimmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.161; Ziff. 1)

Vote (2019.RRGR.161 ; ch. 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 81

Nein / Non 62

Enthalten / Abstentions 5

Präsident. Sie haben den ersten Punkt angenommen, mit 81 Ja- gegen 62 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Zum zweiten Punkt, es seien statistische Daten auszuwerten und jährlich zu veröffentlichen: Wer diesen Punkt annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.161; Ziff. 2)

Vote (2019.RRGR.161 ; ch. 2)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 87

Nein / Non 52

Enthalten / Abstentions 10

Präsident. Der zweite Punkt wurde ebenfalls angenommen, mit 87 Ja- gegen 52 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen.

Und noch zum letzten Punkt, Schulung von Justiz- und Polizeibehörden: Wer diesen Punkt annehmen möchte, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.161; Ziff. 3)

Vote (2019.RRGR.161 ; ch. 3)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 81

Nein / Non 62

Enthalten / Abstentions 6

Präsident. Dieser Punkt wurde ebenfalls angenommen, mit 81 Ja- gegen 62 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen.